

Gastbeitrag | 12.07.2016 | Lesezeit 3 Min.

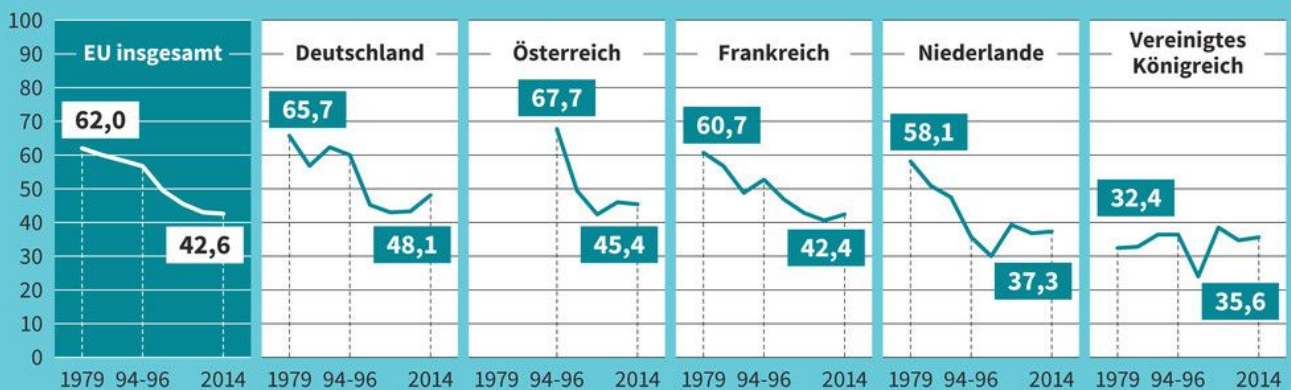
EU-Skepsis hat Tradition - Rechtspopulismus nicht

Das schwindende Vertrauen in die EU und der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien sind Reaktionen auf den erhöhten globalen Wettbewerb und damit auf die wachsende Unsicherheit, sagt Martin Uebele. Darauf mit EU-Referenden zu antworten, hält der Dozent für „Economic and Social History“ an der University of Groningen für falsch.

In der Brexit-Debatte war der inzwischen zurückgetretene Chef der britischen Unabhängigkeitspartei UKIP, Nigel Farage, eine der lautesten Stimmen, und nicht nur in Großbritannien sind rechtspopulistische Parteien im Aufwind. Die Ablehnung der EU gehört zwar zu deren Grundvokabular, erfunden haben sie die Kritik an den EU-Institutionen allerdings nicht. Vielmehr reagieren UKIP, AfD und Co. auf die wachsende Unsicherheit vor allem der unteren Einkommenschichten als Folge des zunehmenden globalen Wettbewerbs. Sie profitieren dabei auch von enttäuschten Erwartungen an die Sozial- und Wachstumspolitik der EU. Sowohl der Rechtspopulismus als auch die EU-Skepsis speisen sich also aus der zunehmenden grenzüberschreitenden Integration von Güter- und Arbeitsmärkten.

Europawahlen: Immer weniger machen mit

Wahlbeteiligung in Prozent



Quelle: Europaparlament
© 2016 IW Medien / iwd 25

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

In der Geschichte hat die Politik auf zunehmenden Globalisierungsdruck oft mit der Einführung von sozialen Sicherungssystemen oder deren Erweiterung reagiert.

Reichskanzler Otto von Bismarck zum Beispiel versuchte, die wachsende soziale Not der Arbeiter im ausgehenden 19. Jahrhundert durch die Einführung der Kranken- und Rentenversicherung zu lindern.

Der europäische Vergleich zeigt, dass im 19. Jahrhundert Länder mit höheren Handelsanteilen ihre Sozialreformen früher und konsequenter durchsetzten. Ähnliches lässt sich für die Nachkriegszeit nachweisen: Offenerere Volkswirtschaften haben tendenziell größere - nicht kleinere - Staatsapparate, um so wirtschaftliche Risiken gerade für untere Einkommenschichten abfedern und gleichzeitig die Vorteile internationalen Handels genießen zu können.

Offene Volkswirtschaften haben tendenziell größere Staatsapparate.

Nationale Wahlen: Aufstieg der Rechtspopulisten

Ergebnisse nationaler Parlamentswahlen, die in diesen Europawahljahren oder zeitnah dazu stattfanden, in Prozent

Deutschland	REP / AfD
1989	2,1
1994 bis 1996	1,9
1999	1,8
2004	0,6
2009	0,4
2014	4,7

Niederlande	PVV
2004	5,9
2009	15,5
2014	10,1

Vereinigtes Königreich	UKIP
1999	0,5
2004	2,2
2009	3,1
2014	12,6

Frankreich	Front National
1979	0,2
1984	9,8
1989	
1994 bis 1996	12,7
1999	14,9
2004	11,1
2009	4,3
2014	13,6

Österreich	FPÖ
1979	6,1
1984	9,7
1989	16,6
1994 bis 1996	22,5
1999	26,9
2004	11,0
2009	17,5
2014	20,5

REP: Die Republikaner; AfD: Alternative für Deutschland;
UKIP: UK Independence Party; PVV: Partij voor de Vrijheid;
FPÖ: Freiheitliche Partei Österreichs

Quellen: Europaparlament, Wikipedia
© 2016 IW Medien / iwd 25

Die EU wird in diesem Zusammenhang aber oft nicht als Teil der Lösung, sondern als Teil des Problems wahrgenommen. Dies zeigte sich schon in früheren Referenden, etwa als Frankreich und die Niederlande 2005 über die Europäische Verfassung abstimmen ließen, die in beiden Ländern mit deutlicher Mehrheit abgelehnt wurde. Argumente waren damals unter anderem Sorgen über steigende Arbeitslosigkeit durch zunehmenden Wettbewerb aus Osteuropa. In diesem Zusammenhang lassen sich auch jene politischen Stimmen deuten, die nach der Brexit-Entscheidung wieder die sozialpolitischen Seiten der EU stärken wollen.

Rechtspopulismus hat Konjunktur

Diese Form der EU-Kritik ertönt zwar gleichermaßen aus beiden politischen Lagern. Rechtspopulistische Parteien begegnen wirtschaftlich bedingten Existenzängsten jedoch auch, indem sie vermeintliche Lösungen anbieten, die fremdenfeindliche und nationalistische Elemente enthalten. Damit sprechen sie auch den Verlust von Identität an, der mit der Auflösung sozialer Zugehörigkeit verbunden ist, etwa wenn ganze Industrien nach Fernost verlagert werden. Auch hier tut sich die EU schwer damit, ihren Bürgern eine neue emotionale Heimat anzubieten.

Die EU-Begeisterung nimmt bereits seit 30 Jahren kontinuierlich ab, wie sich an den Europawahlen ablesen lässt (Grafik):

Die durchschnittliche Wahlbeteiligung ist von 1979 bis 2014 um ein Drittel auf 43 Prozent gefallen. Im Vereinigten Königreich, wo die EU-Skepsis geradezu traditionell ist, lag die Wahlbeteiligung nie über 40 Prozent.

Die Zustimmung der Wähler für rechtspopulistische Parteien unterliegt dagegen starken Auf und Abs (Grafik). Erst seit ein paar Jahren haben deren Wahlerfolge erheblich zugenommen; am stärksten im Vereinigten Königreich, aber eben auch in Deutschland, Österreich und Frankreich.

Das Brexit-Referendum war zwar oberflächlich betrachtet ein Reflex des Premierministers Cameron auf seine innerparteilichen Kritiker, möglich aber ist es vor allem deshalb geworden, weil die EU-feindliche UKIP mit ihren vermeintlichen und vereinfachenden Lösungen den Boden dafür bereitet hat. Doch wenn es um den Umgang mit komplexen und lang andauernden Prozessen wie der Globalisierung der Wirtschaft und der Gesellschaft geht, sind parlamentarische Entscheidungsprozesse das probate Mittel, nicht Volksabstimmungen.

Wenn es um komplexe Prozesse wie die Globalisierung geht, sind Volksabstimmungen kein probates Mittel.

Denn an den Wahlen haben kurzfristige Stimmungen – angeheizt durch zugespitzte Debatten und vereinfachende Argumente – ein höheres Gewicht als im Parlament, wo sich die Abgeordneten seit Jahren mit dem Für und Wider auseinandergesetzt haben und vordergründige Argumente durchschauen. Direkte Demokratie bedeutet zwar mehr Teilhabe, ist aber auch ein Einfallstor für Populismus.

Foto: privat

Der Ansprechpartner:

Martin Uebele *Dozent am Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Groningen, Niederlande*



Kernaussagen in Kürze:

- Das Brexit-Votum und der Erfolg rechtspopulistischer Parteien in Europa sind auch eine Folge zunehmender Unsicherheit in der Bevölkerung.
- In der Vergangenheit hat die Politik auf Globalisierungsängste oft mit einem Ausbau der sozialen Sicherung reagiert.
- Entscheidungen zu komplexen Prozessen wie der Globalisierung sollten dem Parlament überlassen bleiben und nicht in Volksabstimmungen getroffen werden.